



Firma

Empfänger
Straße Nr
PLZ Ort

BÜRO BERLIN

Hackescher Markt 4/
Neue Promenade 3 (Eingang)
10178 Berlin

Telefon (030) 25 89 86 - 0
Fax (030) 25 89 86 -19
E-Mail berlin@duh.de
Internet www.duh.de

Berlin, 31. Mai 2006

Föderalismusreform: Änderungs- und Ergänzungsvorschläge der DUH

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) hat wiederholt erhebliche Bedenken gegen die im Rahmen der Föderalismusreform für den Umweltbereich geplanten Regelungen geäußert. Diese Bedenken konnten auch auf der Anhörung am 18. Mai 2006 nicht ausgeräumt werden. Im Gegenteil, es sprechen vielmehr unverändert viele Indizien dafür, dass es bei Verabschiedung des von den Regierungsfractionen vorgelegten Gesetzentwurfs zur Änderung des Grundgesetzes (BT-Drs. 16/813) zu einem Wettbewerb der Länder um den „schlanksten Umweltschutz“ in Deutschland kommen wird. Darüber hinaus zersplittert die vorgesehene Neuordnung des föderalen Systems die Zuständigkeiten im Umweltrecht, statt sie zu bündeln; sie schafft Rechtsunsicherheit statt notwendiger Rechtssicherheit; sie gefährdet die Europatauglichkeit Deutschlands, statt sie zu gewährleisten. Ob das im Koalitionsvertrag beschlossene Umweltgesetzbuch auf der Grundlage der beabsichtigten Verfassungsänderung auch in tatsächlicher Hinsicht Wirkungen haben wird, muss ernsthaft bezweifelt werden.

Die DUH hat daher im Rahmen der Diskussion über die Föderalismusreform und zuletzt auf der Sachverständigenanhörung bekanntlich für einen übergreifenden Kompetenztitel „Recht der Umwelt“ ohne Erforderlichkeitsklausel und mit Schutzverstärkungsklauseln, d.h. Abweichungsrechten der Länder „nach oben“, plädiert. An dieser Forderung halten wir nach wie vor fest. Einen derart ausgestalteten Kompetenztitel sehen wir als maßgebliche Voraussetzung für einen an den gegenwärtigen Herausforderungen ausgerichteten effektiven Umwelt- und Klimaschutz in Deutschland an.

Gleichzeitig nehmen wir jedoch mit Bedauern zur Kenntnis, dass die notwendige grundlegende Überarbeitung des Gesetzentwurfs im Hinblick auf die Kompetenzverteilung im Umweltbereich politisch nicht durchsetzbar zu sein scheint. Um aber immerhin „kleine“

Verbesserungen der geplanten Kompetenzverteilung im Umweltbereich zu erreichen, hat die DUH in Anlehnung an den Gesetzentwurf der Regierungsfractionen Änderungen und Ergänzungen formuliert, die wir Ihnen in der Anlage übersenden. Die Änderungs- und Ergänzungsvorschläge betreffen im Wesentlichen die Ausgestaltung der Abweichungsrechte, die Abschaffung der Erforderlichkeitsklausel sowie die Schaffung eigenständiger Kompetenztitel für bislang nicht ausdrücklich erfasste umweltrelevante Bereiche und für vorhabenbezogene Regelungen betreffen.

Wir würden es außerordentlich begrüßen, wenn zumindest diese Änderungen und Ergänzungen in das endgültige Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes aufgenommen werden würden und fordern Sie daher auf, sich dafür nachdrücklich einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Resch
Bundesgeschäftsführer

Dr. Cornelia Ziehm
Leiterin Verbraucherschutz und Recht